

Lästige Transparenz

Mangelnde Transparenz im Umgang mit den Bürgern? Der Vorwurf trifft Bruchsal OB Cornelia Petzold-Schick an einer empfindlichen Stelle. Schließlich hat die Rathauschefin aus den für eine Demokratie eigentlich selbstverständlichen Begriffen Transparenz und Bürgerbeteiligung eine Art Markenzeichen gemacht. In einer kaum zu überblickenden Variation und Anzahl von Veranstaltungen und Projekten hat sie seit ihrem Amtsantritt im Herbst 2009 die „Bürgerinnen und Bürger“ in politische Prozesse eingebunden.

Zum echten Schwur auf das Transparenz-Gelübde kommt es aber doch erst bei den unangenehmsten Themen: ungeliebte aber für die Allgemeinheit notwendige Projekte, zu denen es in der Regel viel weniger Pressekonzentrationen gibt als zu Spargelveranstaltungen und Verkaufssonntagen.

Projekte, die man als Politiker der alten Schule hält möglichst lange unter dem Deckel hält, bis sie im rechtlich vorgegebenen Verwaltungsverfahren unvermeidlich an die Öffentlichkeit müssen, was man aber immer noch mit viel Verwaltungskauderwelsch in sperrigen Ratsvorlagen hinauszögern kann. Immer im Wissen, dass alles viel komplizierter wird, sobald die Öffent-

Randnotizen

lichkeit und die unmittelbar Betroffenen Wind davon bekommen.

So wie die Anwohner der „Walkartswiesen“ in Untergrombach, denen die Oberbürgermeisterin im Sinne der propagierten Transparenz selbstverständlich schon viel früher hätte sagen können, dass ihre Nachbarschaft vom Landratsamt für ein Asylbewerberheim vorgesehen ist. Warum sie es nicht getan hat, dafür hat die Oberbürgermeisterin einige Erklärungen. Mit mangelnder Transparenz habe das jedenfalls in keinster Weise zutun. Mit was dann? Unter anderem soll eine Verwaltungsvorlage aus ihrem eigenen Haus missverständlich gewesen oder auch missverständlich interpretiert worden sein. Ob diese Argumentation die Glaubwürdigkeit der OB stärkt, sei dahingestellt.

Auf einem ganz anderen Blatt steht die inhaltliche Frage, ob zwei große Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber in Bruchsal gebaut werden sollen und ob die vom Landratsamt präferierten Standorte die richtigen sind. Die Anwohner sind naturgemäß dagegen. (Siehe auch Leserbrief.) Doch objektiv betrachtet, spricht vieles dafür. Sowohl der Ortschaftsrat von Untergrombach als auch der Gemeinderat haben mit großer Mehrheit für die weitere Planung gestimmt. Und diese gewählten Gremien sind in unserem Rechtsstaat zuständig für solche Entscheidungen. Die Ratsmitglieder und an ihrer Spitze die Oberbürgermeisterin müssen entscheiden, nicht die jeweiligen Betroffenen.

Rechtzeitig und auf geeignete Weise zu informieren und in den Dialog zu treten, ist trotzdem geboten. Das wurde hier offenbar versäumt. Und das rächt sich jetzt. Daniel Streib

Kraichtaler Räte hoffen auf Ostast

Kraichtal (cah). Mit großem Interesse wurde von den Kraichtaler Gemeinderäten die Bruchsaler Diskussion um den Ostast der B 35 verfolgt. In der Gemeinderatssitzung wurde Bürgermeister Ulrich Hintermayer nun darauf angesprochen, weil man sich eine Verbindung mit Kraichtal und somit eine Umfahrungsmöglichkeit für Unteröwisheim verspricht. Peter Buchart (Freie Wähler) zeigte sich zufrieden über den Bruchsaler Vorschlag, sich mit den Nachbargemeinden abzustimmen: „Nachdem uns die OB jahrelang die kalte Schulter gezeigt hat, sollten wir wenigstens den Ansatz würdigen.“ Hintermayer erwiderte, dass er noch am gleichen Morgen, als der BNN-Bericht erschienen war, bei der Kollegin gewesen wäre und man sich verständigte, weitere Gemeinden einzubeziehen. Willi Dehn (CDU) schlug vor, die Strecke weiter zu führen um Heildelheim und Helmsheim herum, obwohl der Bruchsaler Gemeinderat generell gegen die Trasse sei. Bernhard Stolzenberger (SPD) riet dazu, auch Bretten einzubeziehen, was laut Hintermayer bereits geschehen sei und von Bruchsal koordiniert werde, ebenso wie ein gemeinsamer Termin mit den Bundestagsabgeordneten Axel Fischer und Olav Gutting.



Ein ganz besonderer Vogel ist der stark gefährdete Purpurreiher, der als die schönste Reiherart gilt. Derzeit brüten wenige Prachtexemplare in der Wagbachniederung bei Oberhausen-Rheinhausen. Foto: Karlheinz Götz

„Das Asylthema ist der Katalysator“

Oberbürgermeisterin Petzold-Schick über aktuelle und künftige Bruchsaler Baustellen

Bahnstadt, Bundesverkehrswegeplan, Bürgermeistersuche – Bruchsal Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick (51, parteilos) hat derzeit viele Baustellen zu bearbeiten. Im zweiteiligen Interview mit Rundschau-Redakteur Daniel Streib verteidigt die Rathauschefin ihre Politik und nimmt Stellung zu Anwohnerprotesten und Streckenplänen.

Normalerweise freuen sich Stadtoberhäupter über Ortsumfahrungen, die vom Bund priorisiert werden. Warum lehnen Sie die B-35-Ostumfahrung strikt ab?

Petzold-Schick: Ich lehne sie nur in der jetzt im Bundesverkehrswegeplan dargelegten Form ab. Also mehr oder weniger oberirdisch quer durch die Landschaft vom Weingut Klumpp bis zum Schwallenbrunnen bei Helmsheim und Heildelheim. Ich kann mir eine Zerteilung dieser letzten grünen Fläche einfach nicht vorstellen.

Bruchsal hat aber doch ein Verkehrsproblem. Und auch die geplanten Nachbarkommunen Kraichtal und Ubstadt-Weiher drängen auf Entlastung.

Petzold-Schick: Das ist mir sehr bewusst. Wir stecken den Kopf nicht in den Sand, sondern werden auf das Bundesverkehrsministerium zugehen und klarmachen, dass es zur jetzigen Planung Alternativen geben muss.

Wie könnte die Alternative aussehen?

Petzold-Schick: Eine großflächige Tunnellösung. Vor ein paar Jahren habe ich das noch für völlig unrealistisch gehalten, aber wenn man die Umfahrung als Teil einer überregional bedeutenden Trasse sieht, wird das Kosten-Nutzen-Verhältnis vertretbar. Entweder macht man sich jetzt auf den Weg, dass auch eine Tunnellösung möglich ist, oder ich schlage dem Gemeinderat ein Nein vor.

Das andere Verkehrswegeprojekt im vordringlichen Bedarf ist die Gütertrasse als Teil der europäischen Ausbaustrecke. Dagegen wollen Sie sich nicht sperren?

Petzold-Schick: Wir können nicht ignorieren, dass zwischen Rotterdam und Genua eine Gütertrasse gebaut wird. Das ist Fakt, das wird die Oberbürgermeisterin von Bruchsal nicht verhindern können. Deshalb kann mein Augenmerk nur auf dem Lärmschutz liegen, auf möglichst menschenverträgliche Trassenführung und einem sparsamen Umgang mit der Fläche, sprich: Trassenbündelung. Deshalb finden wir das, was im Moment vorgelegt wird, unerträglich. Allerdings sind wir noch nicht bei der Trassenuntersuchung wie bei der B-35-Umfahrung, sondern noch in einem Vorstadium. Wir wollen jetzt, dass noch ganz andere Strecken geprüft werden, etwa weiter westlich des ausgewählten Korridors.

Konkrete Standorte wurden jetzt für zwei geplante Asylheime öffentlich. Der Land-

kreis, der zuständig ist, will eines davon am Ortsausgang von Untergrombach bauen. Anwohner werfen Ihnen mangelnde Transparenz vor. Hätten Sie nicht eher über die Pläne informieren sollen?

Petzold-Schick: Diese Vorwürfe kann ich nicht gelten lassen. Ich habe schon beim Neujahrsempfang im Januar in Untergrombach gesagt, dass der Stadtteil mit einer Einrichtung rechnen muss.

Aber nicht wo genau. Den vom Landratsamt präferierten Standort Walkartswiesen hat die Stadtverwaltung aber schon im Januar mitgeteilt bekommen ...

Petzold-Schick: Das ist missverständlich ...

Am 15. Januar. Das steht genau so in der Sitzungsvorlage zur vergangenen Gemeinderatssitzung ...

Petzold-Schick: Es ging damals und es geht auch jetzt um eine Prüfung dieser Standorte, es gibt ja noch nicht einmal Planungsrecht. Im Januar hatten wir ja noch nicht einmal die Billigung vom Regionalver-

band und auch der Landrat hat uns erst mit Schreiben vom 2. Mai sein finales Interesse an diesen Standorten bekundet. Ich bleibe dabei: Wir haben sehr früh informiert.

Die Anwohner fühlen sich dennoch vor vollendete Tatsachen gestellt und müssen doch jetzt davon ausgehen, dass wie geplant dort gebaut wird.

Petzold-Schick: Wir wissen noch nicht, was wirklich gebaut wird. Aktuell gehen die Flüchtlingszahlen zurück. Zudem prüfen wir Standort-Alternativen aus der Bürgerschaft. Klar ist nur eines: Wir wollen nicht wieder in eine Situation kommen, in der Objekte gewissermaßen beschlagnahmt werden, die so problematisch sind wie etwa die Praktiker-GU in Heildelheim. In dem Zusammenhang möchte ich einmal mehr auf das großartige Engagement der vielen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit hinweisen.

Die Stadt ist für die Anschlussunterbringung der anerkannten Asylbewerber zuständig. Wie sind hier die aktuellen Zahlen?

Petzold-Schick: Es sind derzeit mindestens 70 Personen und es sollen 150 bis 300 werden, aber wir wissen noch nicht in welchem Zeitraum. Deshalb sind wir mit der Bruchsaler Wohnungsbau-gesellschaft dabei, entsprechende Wohnungen zu schaffen. Wir haben auch schon jetzt mehrere Objekte für die nächsten Neuankünfte, darunter zwei Objekte für unbegleitete Minderjährige, eines auf dem Campus, das andere

in der Innenstadt. Überdies suchen wir weiteren Wohnraum und Flächen, auch in den Stadtteilen.

Eine ganz andere Suche beschäftigt Sie ebenfalls. Eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für Bürgermeister Ulli Hockenberger muss her, der in den Landtag wechselte. Wie ist die Bewerberlage?

Petzold-Schick: Es sind zwölf Bewerbungen eingegangen. In der nächsten Gemeinderatssitzung am 31. Mai, schlägt der Personalausschuss, der am Donnerstagabend tagte, dem Gemeinderat vor, dass sich fünf der Kandidaten im Personalausschuss im Juni vorstellen können. Bei dieser Sitzung legt der Personalausschuss dann fest, welche Bewerber sich im Juli dem Gemeinderat vorstellen können. In der nächsten Maitagung werden wir außerdem die Namen der Bewerber, die zu diesem Zeitpunkt zur Wahl stehen, öffentlich bekannt machen. Die Wahl im Gemeinderat soll am 5. Juli stattfinden.

Ein Bewerber zumindest ist schon bekannt. Stadtkämmerer Andreas Glaser, der von der CDU vorgeschlagen wurde. Was halten Sie von dem Vorschlag?

Petzold-Schick: Ich bin für das Verfahren verantwortlich und werde mich deshalb zunächst zurückhalten.

Der Kämmerer ist als Finanzchef mit einem schwierigen Ressort befasst. Die Schuldenentwicklung Bruchsal steigt laut mittelfristiger Finanzplanung deutlich an. Im Kernhaushalt von rund 525 Euro Pro-Kopf-Verschuldung Ende 2015 auf voraussichtlich knapp 800 Euro im Jahr 2019, trotz Gewerbesteuererhöhung. Muss uns die Entwicklung nicht Sorgen machen?

Petzold-Schick: Es ist einseitig, dass Sie jetzt nur nach der Schuldenentwicklung fragen, zumal wir die vergangenen Jahre positive Haushaltsabschlüsse hatten. Ich sehe mich derzeit auch nicht nur mit Ausgaben konfrontiert, die ich beeinflussen könnte. Bei den Aufgaben rund um das Asylthema, die wir im Moment haben, auch den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, interessiert die Frage der Schulden im Moment weniger.

Sollen jetzt die Flüchtlinge schuld sein an den Schulden?

Petzold-Schick: Diese Frage finde ich zynisch. Die Flüchtlinge sind nicht schuld, aber das Asylthema ist der Katalysator dafür, dass jetzt nicht nur die Anschlussunterbringung bewerkstelligt werden muss, sondern auch der lange vernachlässigte soziale Wohnungsbau vorangetrieben wird. Dafür gibt es eine ganz breite Mehrheit. Auch der Kindergartenbau könnte noch einmal ein Thema werden, obwohl wir da ja gut aufgestellt waren. Es kommen ja nicht nur Flüchtlinge zu uns, Bruchsal ist Zuzugsstadt.

Fortsetzung folgt

Im zweiten Teil des Interviews (Diensttagsgabe) spricht Cornelia Petzold-Schick unter anderem über Probleme in der Bahnstadt sowie ihr gespanntes Verhältnis zu Ulli Hockenberger.

BNN-Interview



IN DER KRITIK: Bruchsal OB Cornelia Petzold-Schick verteidigt im BNN-Interview ihre Informationspolitik im Zusammenhang mit Asylheim-Plänen. Foto: Stadt Bruchsal